Artikel drucken | Artikel anhören

Beitrag vom 23.12.2012

# WIRTSCHAFTSKRIEG? NICHT MIT DEN USA!

**Die Schweiz muss sich überlegen, wer noch ihre Partner und Freunde sind**

Die UBS wird von den US-Behörden wegen des Libor-Skandals mit einer Busse von 1,5 Milliarden Dollar belegt, und drei Angestellte der ZKB werden von der US-Justiz angeklagt. Alle politischen Kräfte der Schweiz geben lauthals ihre - durchaus berechtigte - Empörung zu Protokoll, und der «Blick» schreibt über die bösen Amis, die den Schweizer Finanzplatz abwürgen wollen. Führen die USA also einen Wirtschaftskrieg gegen die Schweiz?

Die USA wollen von der Schweiz nur eines: Sie wollen ihre eigenen Steuersünder. Aus US-Sicht ist es unverständlich, dass Amerikaner, die in Amerika wohnen und dort steuerpflichtig sind, in der Schweiz unversteuerte Gelder verstecken können und die Schweiz keine Hilfe leisten will, dies zu verhindern. Das Argument der Schweiz bezüglich der Privatsphäre des Bürgers ist mindestens so viel wert. Für Schweizer Bürger soll dieser Schutz auch unbeschränkt weiter gelten. Die Amerikaner verstehen nur nicht, wieso dieser Schutz auf Amerikaner mit Wohnsitz in den USA ausgedehnt wird.

Wir haben es mit einem klassischen Konflikt zweier Rechtsverständnisse zu tun, und dieser Konflikt kann und muss gelöst werden. Von einem Krieg zu sprechen, wäre aber komplett vermessen. Den Amerikanern ist der Schweizer Finanzplatz ziemlich egal. Er stellt etwa vier Promille der amerikanischen Wirtschaft dar, und falls dem Schweizer Finanzplatz wirklich etwas zustossen sollte, gehen die Jobs und die Wertschöpfung nicht nach New York, sondern nach Frankfurt oder London. Wieso also Krieg führen? Die beiden Länder sind bezüglich Wettbewerbsstärke und Innovation Weltmeister. Und das Geschäft läuft blendend. Die Schweizer Exporte in die USA sind dieses Jahr um 13,5 Prozent (!) gewachsen, gegenüber einem negativen Wachstum in die EU und einem zweistelligen negativen Wachstum nach China und Indien. Der Import von US-Gütern in die Schweiz ist sogar um 18 Prozent gestiegen. Alles gute Gründe für eine freundschaftliche und produktive Zusammenarbeit, aber die Amis (was auf Französisch «Freunde» bedeutet) werden ihre Steuersünder deswegen nicht vergessen.

Viel besorgniserregender als die Nachrichten aus den USA sind jene aus der EU. In den letzten Monaten hat Deutschland zwei unterschriebene Staatsverträge schnöde versenkt, Italien drangsaliert die Schweiz mit einer Schwarzen Liste, Frankreich hat die Schweiz zu einem völlig inakzeptablen Vertrag zu Erbschaftssteuern gezwungen, Deutschland kauft laufend gestohlene Daten-CDs, und deutsche Politiker bezeichnen unsere Banken als «kriminelle Banden». Der EU-Kommissar für Steuern hat eben die EU-Länder aufgefordert, mit Vehemenz gegen «unkooperative Länder» (also die Schweiz) vorzugehen, um «Steuerumgehung» zu verhindern. Und letzte Woche hat die EU in sehr rüdem und undiplomatischem Ton deklariert, dass der bilaterale Weg zu Ende sei und die Schweiz das Diktat der EU übernehmen müsse. Hier geht es um Arbeitsplätze, Steuern, Überflugrechte, Durchfahrtsrechte, kurz, um den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Wenn man etwas «Wirtschaftskrieg» nennen will, dann ist es hier angebracht!

Die Schweiz liegt mit ihren wichtigsten Geschäftspartnern im Streit, mit Deutschland, den USA, Frankreich, Italien und England. Und zwar an mehreren Fronten. Wäre es nicht an der Zeit, sich zu überlegen, wer noch unsere Partner und Freunde sind?

Das Problem mit den USA muss so rasch wie möglich gelöst werden. Danach müssen wir die vielen komplizierten Themen mit der EU lösen, und zwar endlich mal proaktiv statt immer nur defensiv. Mit den Ländern der EU sind wir im gleichen Bett, und alle ziehen am Bettlaken. Wir müssen auch ziehen, sonst wird es kalt! Ein geflügeltes Wort sagt: «Viel Feind, viel Ehr». Aber zu viel Ehre solcher Art kann für ein kleines und erfolgreiches Land wie die Schweiz sehr ungesund sein. Es ist Zeit für Lösungen und gemeinsame Anstrengungen!

* Martin Naville ist CEO der Swiss-American Chamber of Commerce

Publiziert am 23.12.2012
von: sonntagszeitung.ch

Tweet 0

Share / Save